

Niederschrift



Gremium: **15. Sitzung des Kreisausschusses**
Sitzungsdatum: **Montag, den 28.09.2009**
Sitzungsort: **Rathaus Schwabmünchen, Fuggerstr. 50, Sitzungssaal EG**
Beginn: 09:05 Uhr Ende: 11:45 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Manfred Buhl	
Hans-Peter Dangl	
Harald Güller	anwesend ab 09:30 Uhr
Bernhard Hannemann	
Dr. Michael Higl	
Ursula Jung	
Georg Klaußner	anwesend ab 09:10 Uhr
Heinz Liebert	
Bernd Müller	anwesend ab 09:10 Uhr
Dr. Simone Strohmayer	
Mathilde Wehrle	anwesend ab 09:22 Uhr

Vertreter:

Lorenz Müller	Vertretung für Herrn Ludwig Fröhlich
Jürgen Schantin	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Wagner
Robert Steppich	Vertretung für Herrn Albert Lettinger

Verwaltung:

Ulrich Gerhardt
Michael Püschel
Lothar Schneider
Martin Seitz

Weitere Anwesende:

Herr Lennardt
Frau Bittner

Schriftführerin:

Brigitte Arlt

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Wirtschaftsförderung;
Wirtschaftsförderungskonzept für den Landkreis Augsburg;
Weiteres Vorgehen
Vorlage: 09/0206
2. Wirtschaftsförderung;
Technologie- und Gründerzentrum Stadtbergen;
Bericht zum aktuellen Sachstand
Vorlage: 09/0205
3. Abwicklung Kreishaushalt 2009;
Zwischenbericht (Stand: 31.08.2009)
Vorlage: 09/0197
4. Radwegebeschilderung;
Vorfinanzierung durch den Landkreis - Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
Vorlage: 09/0198
5. Verschiedenes
6. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

10. Gemeinsames Kommunalunternehmen Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen;
Beantragung von Kontingentmaßnahmen
Vorlage: 09/0201
11. Gemeinsames Kommunalunternehmen Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen;
Wertachklinik Bobingen - Chirurgischer Kassenarztsitz
Vorlage: 09/0202
12. Gemeinsames Kommunalunternehmen Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen;
Investitionsplan 2010
Vorlage: 09/0203
7. Wirtschaftsförderung;
Breitbandversorgung im Landkreis Augsburg;
Finanzierung der landkreisweiten Machbarkeitsstudie/Infrastrukturkataster
Vorlage: 09/0207
8. Klinikum Augsburg;
Kassenkredite
Vorlage: 09/0199

9. Klinikum Augsburg;
Verlustausgleich 2008,
Zuführung zur Sonderrücklage - Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
Vorlage: 09/0200
13. Wohnungsbau GmbH für den Landkreis Augsburg;
Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 31.12.2008
Vorlage: 09/0172
14. Augsburger Verkehrsverbund (AVV);
Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 31.12.2008
Vorlage: 09/0183
15. Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 09/0209
16. Verschiedenes
17. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Wirtschaftsförderung;
Wirtschaftsförderungskonzept für den Landkreis Augsburg;
Weiteres Vorgehen
Vorlage: 09/0206**

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung vom 22.09.2008 die Firma ExperConsult Wirtschaftsförderung & Investitionen GmbH & Co. KG, Dortmund mit der Erstellung eines Konzeptes zur Wirtschaftsförderung im Landkreis Augsburg beauftragt.

In der Kreisausschusssitzung vom 30.03.2009 (TOP 1) wurde die Analyse der Wirtschafts- und Branchenstruktur des Landkreises Augsburg, die ermittelten Rahmenbedingungen der Wirtschaftsentwicklung sowie die Anforderungen der Wirtschaft hinsichtlich der Gewerbeflächen und Dienstleistungen durch die Wirtschaftsförderung vorgetragen und diskutiert. Außerdem wurden die Strukturen der Wirtschaftsförderung im Landkreis analysiert.

Gleichzeitig wurde die Firma ExperConsult Wirtschaftsförderung & Investitionen GmbH & Co. KG beauftragt, als nächste Schritte die künftigen Handlungsfelder und strategischen Handlungsempfehlungen für die Wirtschaftsförderung des Landkreises zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang sollte auch ein Vorschlag für den erforderlichen Personalumfang für die festgelegten Handlungsfelder, verbunden mit der Erarbeitung der Anforderungsprofile für diese Mitarbeiter, vorgestellt werden. Hieraus abgeleitet wurde ein Businessplan für die Wirtschaftsförderung des Landkreises entwickelt. Als weiterer Schritt dieses Pakets sollten Controlling-Instrumenten für die Wirtschaftsförderung, die Verwaltungsspitze und die Politik vorgeschlagen werden, die belastbare Auskünfte über den Grad der Erreichung der vereinbarten Ziele geben können.

In der Kreisausschusssitzung am 13.07.2009 (TOP 1) wurden die o. g. Punkte vorgestellt. Aus der Diskussion ergaben sich noch offene Fragen, die bis zur Kreisausschusssitzung am 28.09.2009 geklärt werden sollten. Mit Schreiben vom 17.09.2009 wurden die überarbeiteten Unterlagen an die Fraktionsvorsitzenden zur Vorberatung in den Fraktionen übersandt. Zusätzlich wurden die Grundzüge des Entwurfs des neuen Konzepts im Rahmen einer Versammlung des Kreisverbandes des Bayerischen Gemeindetages am 17.09.2009 den Bürgermeistern vorgestellt.

Es wird vorgeschlagen, auf der Grundlage der überarbeiteten Unterlagen und der Ergebnisse der Beratungen im Kreisausschuss die ersten Schritte zur Umsetzung des neuen Konzepts in die Wege zu leiten.

Weitere Ausführungen durch die Verwaltung bzw. den Geschäftsführer des beauftragten Instituts erfolgen in der Sitzung des Kreisausschusses am 28.09.2009

Herr Lennardt erläutert die dieser Niederschrift beiliegenden Unterlagen.

Im Anschluss erklärt **KR Liebert** der Landkreis sei an einem Scheideweg angelangt. Im Fraktionsvorsitzendengespräch wurde vereinbart, heute nicht fundamental zu diskutieren, sondern dieses Thema in die Haushaltsberatungen einzuspielen.

Die Debatte falle in eine Zeit der Krise. In den Haushaltsberatungen 2009 habe man sich darauf verständigt, dass die Krise auch als Chance zu sehen sei. Obwohl die Arbeitslosigkeit im Landkreis Augsburg derzeit bei 3,9 % liege, dürfe dies nicht zur Untätigkeit führen.

Der Landkreis Augsburg befindet sich räumlich in einer Art Sandwichlage zwischen München, dem wirtschaftlich starken Baden-Württemberg und Ulm. Gerade deswegen müsse Wirtschaftsförderung betrieben werden, aber nicht um jeden Preis. Die Gründlichkeit dürfe nicht leiden, dennoch müsse die Schlagzahl gerade auch auf politischer Ebene erhöht werden. Personelle, wie auch inhaltliche Vorschläge liegen vor. Diese sollen in den Haushaltsberatungen 2010 berücksichtigt werden.

Von Herrn Lennardt vorgeschlagen werde im Jahr 2009 einen Mitarbeiter einzustellen. Dies hält KR Liebert für eine Inselbetrachtung, die seiner Meinung nicht weit führe. Seiner Auffassung nach, müsse das Rundumkonzept betrachtet werden, weshalb im Jahr 2010 der Einstieg erfolgen solle. Wichtig sei die Einbindung der Kommunen. Derzeit herrsche bei den Kommunen eine 2-Klassengesellschaft. Die einen Kommunen, die seit Jahren Wirtschaftskonzepte mit großem Erfolg betreiben und den Kommunen, die aufgrund ihrer Größe wenig Möglichkeit haben.

Abschließend teilt er mit, dass die Kosten für die personellen und inhaltlichen Vorschläge in die Haushaltsberatungen 2010 einfließen sollen.

KR'in Strohmayr bedankt sich für die konkreteren Hinweise. Wenig Sinn mache es, eine Insellösung zu installieren, weswegen die Vernetzung gesehen werden müsse und Synergien erzielt werden sollen. Das Thema Wirtschaftsförderung beschäftige den Landkreis Augsburg seit 3 Jahren, was mit der Augsburg AG seinen Anfang genommen habe. Zu überlegen sei, wie der Landkreis in den verschiedenen Teilbereichen aktiv werde und wie eine Verzahnung bzw. Vernetzung aussehen könne.

Derzeitige Planungen sehen die Installierung eines Geschäftsführers für die Regio Augsburg Wirtschafts GmbH bis zum Frühjahr 2010 vor. Dies sei ein maßgeblicher Zeitpunkt um zu sehen, wie eine Vernetzung aussehen könne bzw. die Aufgaben konkret verteilt werden.

Vorgeschlagen wurde, das Personal deutlich aufzustocken, um die vorgeschlagenen Aufgaben aufzuarbeiten. An einer personellen Aufstockung, gerade bei Betrachtung der Vergleichszahlen, komme der Landkreis Augsburg ihrer Meinung nach nicht vorbei. Ihrer Meinung nach sollte mit der Einstellung der zweiten Person bis ins Jahr 2010 gewartet werden, um diese mit der Geschäftsführereinstellung zu verbinden. Abschließend bittet sie das Thema in die Fraktionen zur Beratung zu geben. Gerade zur Vorbereitung auf die Haushaltsdebatten sollen noch konkretere Zahlen vorliegen.

Vorschlag **des Vorsitzenden** sei es, das Konzept dem Grunde nach zu beschließen, mit dem Hinweis, dass die Umsetzung in den einzelnen Schritten über die Fraktionen in den Haushaltsberatungen 2010 erfolge. Derzeit beinhaltet der Haushalt eine Stelle mit Sperrvermerk, welche 2009 nicht mehr besetzt werden könne. Deswegen schlägt er vor, diese Stelle in den nächsten Haushalt mit reinzunehmen und eine zusätzliche Stelle vorzusehen, die eventuell mit einem Sperrvermerk versehen werden könne. So sei die Möglichkeit gegeben, entsprechend zu reagieren. Mit dieser Vorgehensweise wäre auch die Verknüpfung mit der Regio Wirtschafts GmbH, wie von KR'in Strohmayr vorgeschlagen, gegeben.

KR Hannemann schließt sich bezüglich der Aufnahme in die Haushaltsberatungen seinen Vorredner an. Eine ganz wesentliche Aufgabe liege in der Abstimmung mit den benachbarten Kommunen und der Regio Wirtschafts GmbH. Allein können diese Aufgaben nicht gestemmt werden, was eine Zusammenarbeit erfordere. Auch Aufgabe müsse es sein, neue Strukturen zu schaffen, so dass sich der Landkreis Augsburg von den benachbarten regionalen Bereichen abhebe. Für größere Unternehmen stehen derzeit über 200 Förderprogramme zur Verfügung, was eine Art von Beratung dringend notwendig mache.

Weiter schlägt er vor, den Arbeitskreis Wirtschaft wieder aufleben zu lassen, der dann die Feinabstimmung vornehmen solle. Den Weg, Personen einzustellen, ohne den Rahmen abgesteckt zu haben, halte er für falsch.

Laut **KR´in Jung** handle es sich um eine hilfreiche Arbeitsgrundlage. Den Vorschlag in Sachen Personalbesetzung halte sie für nachvollziehbar. Vom Grundsatz her befürwortet sie die vorgeschlagene Vorgehensweise. Ein großer Augenmerk solle in diesem Zusammenhang auf das Voranbringen von „grünen“ Technologien gelegt werden. Der Vorschlag, die Angelegenheit in die Haushaltsberatungen aufzunehmen, befürwortet sie. Weiter regt sie an, das Thema Gründerzentrum nicht aus den Augen zu verlieren. Gerade für junge Unternehmen sei eine solche Basis wichtig.

KR Buhl erachtet die Ansiedlung der Wirtschaftsförderung als Stabstelle des Landrates für wichtig, was die Wertigkeit der Arbeit widerspiegle. Nicht vernachlässigt werden dürfen die Kommunen, die gerade hinsichtlich der Kreisumlage mit ins Boot genommen werden sollen. Für wichtig werde auch das Feedback über die Controllingmatrix gehalten. Der angesprochene Arbeitskreis könne parallel mit aufgebaut werden.

Klarstellen möchte **KR Müller**, hier nicht als Spielverderber auftreten zu wollen. Lediglich solle daran gedacht werden, dass die Ausgabensituation im sozialen Bereich massiv ansteigen werde, die Einnahmensituation in den Kommunen massiv einbreche und man sich gegenüber der Bürgerschaft mit der Frage konfrontieren lassen müsse, ob Wirtschaftsförderung zu jedem Preis betrieben werden solle.

Ein Problem bestehe weiterhin, nämlich, dass die Gebietskörperschaften auf kommunaler Ebene und auch die Unternehmen untereinander nicht zusammengefunden haben, um gemeinsam an diesem Konzept zu arbeiten. Die Krise solle als Chance genutzt werden, weshalb er fragt, ob nicht genau dies zum Anlass genommen werden solle, auf die Kollegen konkret zuzugehen. Für nicht leistbar halte er das weitere nebeneinanderher Wirken. Auch verhalte sich die IHK im Bezug auf die Wirtschaftsförderung in der Region Augsburg mehr als dürftig.

Aufgrund dessen solle auch an den Plan B gedacht werden, wenn sich der Landkreis dies nicht leisten könne. Gerade, wenn gegenüber den Bürgermeistern eine Personalkostensteigerung von 100.000 € auf 300.000 € erklärt werden müsse. Endgültig werde hierüber erst in den Haushaltsberatungen entschieden. Dennoch solle im Hintergrund überlegt werden, was passiere, wenn es finanziell nicht darstellbar sei.

KR Liebert betont, dass sicher einige Eckwerte zu beachten sind. Wirtschaftsförderung sei kein Selbstzweck, sondern diene dazu, Einnahmen in einer Krisensituation zu steigern. Für völlig falsch halte er es hier abzuwarten. Investiert werden solle in diesen Zeiten zunächst in Manpower. Die Wirtschaftskraft werde 1 zu 1 wiedergespiegelt in den Umlagegrundlagen.

Von einer theoretischen Diskussion über Monate hinweg halte er nichts. Die CSU-Fraktion spreche sich für den Fortgang dieser Thematik aus und schlägt vor, dies im Haushalt 2010 zu beraten. Natürlich werden Mittel für Hardware und Mitarbeiter benötigt. Der Landkreis müsse in Vorleistung treten, mit der Hoffnung, dass dies letztlich zu einem „Plus“ führe.

KR Buhl erklärt seinen Vorredner unterstützen zu wollen. Herr Thiel habe damals den bundesweiten Vergleich genannt. Heruntergebrochen auf den Landkreis bedeute dies Ausgaben in Höhe von 600.000 €, was bereits bekannt gewesen sei.

Laut **KR´in Strohmayer** liege die Wahrheit in der Mitte. Auf der einen Seite müsse Personal aufgestockt werden und auf der anderen Seite müsse überlegt werden, welche zusätzlichen Kosten durch die Regio Wirtschafts GmbH in Zukunft auf den Landkreis zukommen. Bei je-

der Personaleinstellung solle überlegt werden, ob durch die Zusammenarbeit mit anderen, Synergien genutzt werden können.

Der Vorsitzende betont, dass KR Müller lediglich auf die finanzielle Machbarkeit verwiesen habe. Das Konzept liege vor. Aufgabe nun sei es, bis zu den Haushaltsberatungen, die eine mittelfristige Finanzplanung beinhalten, das Thema in ein entsprechendes Finanzkonzept und damit in ein Umsetzungskonzept zu bringen.

KR Müller wiederholt, dass für den Fall, dass sich dies aus angesprochenen Gründen nicht realisierbar darstellt, Alternativen überlegt werden sollen. Auch sei es ein Irrglaube anzunehmen, dass die Wirtschaftsförderung von Beginn an so funktioniere, dass mit Unternehmen bereits Werbetouren durch den Landkreis veranstaltet werden können. Herr Gerhardt habe alle Hände voll zu tun, die bestehenden Unternehmen bei den Konzepten, wie die Wirtschaftskrise überstanden werden könne, zu unterstützen. Die Arbeitslosenquote von 3,9 % werde in dieser Höhe nicht bleiben. Hier werde es nicht die Frage sein, Broschüren zu erstellen und Unternehmen zu werben, sondern Unternehmen zu begleiten, die in dieser wirtschaftlichen Phase nicht zusperren und die Standorte verlassen. Um etwas klarer zu sehen, solle dies aus den genannten Gründen auf die Haushaltsberatungen vertagt werden.

KR Klaußner informiert, dass das Konzept durch Herrn Gerhardt in einer Bürgermeisterversammlung vorgetragen und ohne Kommentar zur Kenntnis genommen wurde. In wenigen Wochen gehe es um die Kreisumlage. Es solle gründlich überlegt werden, welche Ausgaben man sich leisten könne und wolle. Es solle nichts überstürzt werden sondern abgewartet, bis die ersten Eckpunkte der Haushaltsentwicklung bekannt seien.

KR Dr. Higl vertritt die Auffassung, dass bei guter Kooperation, dies gut funktioniere. Dies solle in einer Art Cluster gesteuert werden. Mit gewissen Leitlinien könne dies eine Unterstützung für den Bestand sein. Dennoch könne die ganze Koordination nicht über den Landkreis stattfinden. Eine gewisse Art von gesundem Wettbewerb solle nicht ausgeschlossen werden. Dies führe eventuell auch untereinander zu Rivalität. Bei der Entwicklung des Feinkonzeptes solle überlegt werden, wie mit solchen Konfliktsituationen umgegangen werde.

Im Anschluss teilt er mit, dass bei der damaligen Veranstaltung bei der IHK im Zusammenhang mit Standortinformationssystem SISBY angesprochen wurde, dass 4-spurige Straßen nicht als autobahnähnlich ausgebaute Straße aufgeführt sind. Der Unterschied zwischen Bundesstraße und Autobahn sei dem niederländischen Investor nicht geläufig. Von der Funktion sei es gleich, weshalb er sich erkundigt, ob dies mittlerweile bei SISBI aufgenommen wurde. Auch interessiere es ihn, wie es mit dem einheitlichen Ansprechpartner aussehe.

Herr Gerhardt teilt mit, dass mit dem nächsten Update, das Ende des Jahres kommen solle, neben diesen autobahnmäßig ausgebauten Straßen auch andere Punkte mit aufgenommen sind.

Betreffend den einheitlichen Ansprechpartner liege Bayern relativ weit hinten. Hausintern wurde versucht dies vorzubereiten, aber es fehle die Entscheidung des bayerischen Kabinetts. Hier habe es verschiedene Lösungsansätze gegeben. Überlegt wurde, dies eventuell bei den Kammern oder bei den Regierungen anzusiedeln. Auch wurde überlegt, dass eine Regierung für ganz Bayern zuständig sei.

Neuester Stand sei, dass ein so genanntes Optionsmodell ins Kabinett eingebracht werden solle. Dieses Modell sehe vor, dass die kreisfreien Städte und Landkreise selbst entscheiden können. Für den Fall, dass keine Einigung gefunden werde, solle es eine Kombination zwischen Kammern und kreisfreien Städten bzw. Landkreisen geben. Problem sei, dass bis zum 29.12. das nationale Recht umgesetzt sein müsse. Schwer überschaubar sei derzeit der Aufwand, der da dahintersteht. Grundvoraussetzung sei der Kabinettsbeschluss. Die Ge-

meinden seien bereits von den Spitzenverbänden angeschrieben worden. In einem Normenscreening solle abgeprüft werden, ob die Normen zu den Regelungen passen, die durch einen „einheitlichen Ansprechpartner“ kommen.

Der Vorsitzende schlägt folgenden Beschlussvorschlag vor:

Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung zur Neukonzeptionierung der Wirtschaftsförderung für den Landkreis Augsburg zustimmend zur Kenntnis.

Die Fraktionen erhalten die Gelegenheit die Thematik intern zu beraten.

Im Zuge der Haushaltsberatungen soll in Abstimmung mit den Fraktionen seitens der Verwaltung ein Konzept erarbeitet werden, wie in dieses Gesamtkonzept Wirtschaftsförderung eingestiegen werden könnte.

Werde die Einrichtung eines Arbeitskreises für notwendig erachtet, solle dieser eingerichtet werde. Sofern dies über Fraktionsvorsitzendenrunden abgedeckt werden könne, reiche dies aus.

Daraufhin wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung zur Neukonzeptionierung der Wirtschaftsförderung für den Landkreis Augsburg zustimmend zur Kenntnis.

Die Fraktionen erhalten die Gelegenheit die Thematik intern zu beraten.

Im Zuge der Haushaltsberatungen soll in Abstimmung mit den Fraktionen von der Verwaltung ein Konzept erarbeitet werden, wie der Einstieg in dieses Gesamtkonzept Wirtschaftsförderung erfolgen könne.

Wird ein Arbeitskreis für notwendig erachtet, solle ein solcher eingerichtet werde. Ansonsten solle dies über Fraktionsvorsitzendenrunden abgedeckt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

TOP 2 Wirtschaftsförderung; Technologie- und Gründerzentrum Stadtbergen; Bericht zum aktuellen Sachstand Vorlage: 09/0205

Mit Schreiben vom 15.01.2009 hat die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN einen Antrag auf Ansiedlung eines Technologie- und Gründerzentrums durch den Landkreis Augsburg gestellt und gleichzeitig eine Immobilie in Stadtbergen hierfür empfohlen.

Die Verwaltung hat unter Einbindung der Geschäftsführer des Umwelttechnischen Gründerzentrums (UTG) sowie des Geschäftsführers der AITI-Park GmbH die wichtigsten Rahmenbedingungen für den Betrieb eines Technologie- und Gründerzentrums erarbeitet. Im Rahmen von zwei Ortsterminen wurde mit der Vertreterin der Eigentümerin die Immobilie in Augsburg genommen. Dabei wurde vereinbart, dass dem Architekten der Eigentümerin in einem eigenen Termin die baulichen und technischen Erfordernisse an ein Technologiezentrum, das gemeinsam mit einer Außenstelle des AITI-Gründerzentrums, betrieben werden soll, dargelegt werden.

Nach den Schätzungen des mit dem Objekt betrauten Architekten belaufen sich die aufgrund der durchzuführenden Umbaumaßnahmen kalkulierten Kosten auf ca. 800,-- € bis 1.000,-- € pro m³. Die Gesamtinvestition würde damit mehr als 3 Mio. € betragen. Für diese Investition erhielt der Planer durch den Eigentümer keine Zustimmung. In diesem Zusammenhang wurde dem Landkreis das Gebäude in seiner Gesamtheit auch zum Kauf angeboten, der Preis hierfür liegt bei rund 1,85 Mio. €.

Aus der Situation, dass weder die Eigentümerin noch ein anderer Investor bereit ist die Umbaukosten zu tragen, ergibt sich, dass ein Betrieb nur dann realisierbar wäre, wenn der Landkreis das Gebäude erwirbt und die erforderlichen Umbaumaßnahmen vornimmt. Die Kosten hierfür werden, wie oben bereits ausgeführt, insgesamt auf knapp 5 Mio. € geschätzt.

Unter diesen Umständen wird vorgeschlagen, auf die Realisierung eines Technologie- und Gründerzentrums in der vorgeschlagenen Immobilie zu verzichten.

Weitere Ausführungen durch die Verwaltung erfolgen in der Sitzung des Kreisausschusses am 28.09.2009.

Im Anschluss an die Sachverhaltserläuterung durch **Herrn Gerhardt**, erklärt **KR´in Jung**, dass die Notwendigkeit eines Gründerzentrums gesehen und das Gebäude für geeignet gehalten wurde. Die Summen würden für sehr hoch gehalten, weshalb das Gefühl entsteht, dass seitens des Investors gepokert werde, um den Preis nach oben zu treiben. Dies könne aber nicht bewiesen werden. Unter diesen Voraussetzungen komme eine Umsetzung nicht in Frage. Ein solches Gründerzentrum werde aber nachwievor für wichtig gehalten.

Nach Auffassung von **KR Hannemann** sei das Gebäude das geringste Problem. Als Erstes müsse ein Konzept, das den Aufbau eines Gründerzentrums und die Verbindung zur Wirtschaft darstellt, vorliegen. Die Gebäude des AITI-Parks wurden damals unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Thema sei es, wie die Wirtschaft in ein Gründerzentrum einzubinden sei. Erst danach gehe es um die Suche eines geeigneten Gebäudes. In diesem Fall sollte das Pferd von hinten aufgezäumt werden, nur weil das Gebäude als passend angesehen wurde.

KR`in Jung entgegnet, dass der Bedarf vorhanden sei. Das AITI-Gründerzentrum sei bereits ausgebucht und es besteht der Wunsch der Firmen weiterzumachen. Überlegt werden solle, wie den Firmen Unterstützung angeboten werden könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, diesen Themenschwerpunkt im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung nochmals aufzugreifen. Zunächst solle aufgrund der hohen Kosten hiervon Abstand genommen werden.

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Berichterstattung zu Kenntnis und verzichtet auf die Realisierung eines Technologie- und Gründerzentrums in der vorgeschlagenen Immobilie.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

TOP 3	Abwicklung Kreishaushalt 2009; Zwischenbericht (Stand: 31.08.2009) Vorlage: 09/0197
--------------	--

A) Abwicklung des Kreishaushalts zum 31.08.2009

Zur Abwicklung des Kreishaushaltes 2009 liegen die gewohnten Gesamt- und Einzelbetrachtungen (Stand: 31.08.2009) bei. Aus diesen Abwicklungsübersichten kann aus den Vergleichen zwischen dem Haushaltsansatz und dem aufgelaufenen Anordnungssoll bzw. den Ist-Ausgaben eine tendenzielle Aussage darüber entnommen werden, in welcher Höhe die Planabwicklungen zwischenzeitlich bereits erfolgt sind. Berücksichtigt werden muss dabei jedoch, dass

- beim „aufgelaufenen Anordnungssoll“ auch bereits Jahressollstellungen enthalten sind und
- das „aufgelaufene Ist“ lediglich den Buchungsstand zum Abschlusstag wiedergibt.

Bei Investitionen aus dem Hoch- und Tiefbaubereich sowie bei größeren Einzelausgaben beim Gebäudeunterhalt sind Auftragsvergaben für neu zu beginnende Vorhaben bereits miterfasst. Gleiches gilt beim Schuldendienst für aufgenommene Kommunaldarlehen. Hier sind Verpflichtungen aus vorliegenden Zins- und Tilgungsplänen bereits berücksichtigt.

Zum Verwaltungshaushalt darf begleitend auf Nr. 2.1 der Anlage 1 verwiesen werden. Ergänzend im Einzelnen:

Beim überlassenen Kostenaufkommen bleibt die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr weiterhin zurück. So wurden zum 31.08.2009 zum vergleichbaren Stichtag 2008 rund 200.000 € weniger eingenommen. Die Hochrechnung für dieses Jahr ergibt zum bereits reduzierten Ansatz 2009 von 5.250.000 € demnach voraussichtliche Mindereinnahmen von etwa 212.500 €. In der Übersicht wird das aufgelaufene Soll zwar mit 69,49 % wiedergeben, was augenscheinlich etwa acht Monaten entspräche, allerdings sind in diesen Einnahmen bereits neun Monate (einschließlich Dezember 2008) enthalten. Es ist mehr als fraglich, ob die aktuelle Wirtschaftssituation geeignet ist, das Kostenaufkommen im letzten Quartal nachhaltig zu stützen.

Auch bei der überlassenen Grunderwerbsteuer zeichnen sich weiterhin aufgrund des Hochrechnungsergebnisses für 2009 Mindereinnahmen in Höhe von immer noch etwa 585.000 € ab. Im Vergleich zum entsprechenden Stichtag 2008 bleiben die Einnahmen um 474.000 € zurück. So betrug die durchschnittliche Monatsrate für Dezember bis Juli rund 243.000 €. Sie ist damit im Vergleich zum Vormonat leicht gestiegen. Um den Ansatz 2009 zu erreichen, werden aber im Durchschnitt monatliche Einnahmen in Höhe von etwas über 290.000 € benötigt. Hoffen lässt, dass die letzten drei Monatsraten kontinuierlich gestiegen sind. So beträgt die in dieser Betrachtung noch nicht enthaltene Einnahme für August außergewöhnliche 342.000 €. Die durchschnittliche Monatsrate stieg damit nochmals auf etwa 254.000 € an. Aber auch diese Entwicklung wird nicht ausreichen, in 2009 Mindereinnahmen zu vermeiden.

Hinsichtlich der Personalkosten entspricht der Abwicklungsgrad insgesamt weiterhin im Wesentlichen den Ansätzen. Diese werden einer Hochrechnungsprognose folgend voraussichtlich um ca. 317.000 € oder 1,47 % überschritten. Enthalten sind in dieser Prognose die Auswirkungen der abgeschlossenen Tarifverhandlungen für den öffentlichen

Dienst, die Besoldungsanpassung bei den Beamten sowie Einmalzahlungen zum Jahresende.

Bei der Bewirtschaftung der Dienstgebäude (DR 6) fällt der Blick auf den hohen Abwicklungsgrad im aufgelaufenen Soll von 75,97 %. Hierin enthalten sind die Jahressollstellungen für die Mieten für die Dienstgebäude in Gersthofen und Schwabmünchen. Bereinigt um diese beiden Positionen ist der Abwicklungsgrad unauffällig. Dies spiegelt sich auch im aufgelaufenen Ist von 67,33 % wieder.

Die Ausgaben für den Straßenunterhalt im Zweckbindungsring 27 sind abweichend vom linear zu erwartenden Ausgabensoll deutlich erhöht. Insbesondere ursächlich hierfür ist der Winterdienst. Wie bereits an dieser Stelle ausgeführt, ist der risikobehaftete Ausgabeansatz 2009 nunmehr ausgeschöpft, bzw. inzwischen um rund 55.000 € überschritten. Vorbehaltlich der Entwicklung der weiter diesem Zweckbindungsring zugeordneten Haushaltsstellen werden in diesem Bereich wohl überplanmäßige Ausgaben entstehen.

Hinsichtlich der Gastschülerbeiträge wurde bereits erläutert, dass die Abrechnung mit der Stadt Augsburg seit längerem voll umfänglich zu Soll gestellt war und nun jahresfortschrittsbezogen das Ist erhöht. Daneben haben zwischenzeitlich Zahlungen auch anderer Träger aus Abrechnungen von Vorjahren das Ist erhöht.

Bei den Sachverständigenkosten im Deckungsring 29 sind insbesondere die Kosten für Statikprüfungen durch Dritte im Zuge von Baugenehmigungen auffällig. Diesen Kosten stehen zwar Einnahmen in mindestens derselben Höhe im Rahmen des oben beschriebenen Kostenaufkommens gegenüber, allerdings können diese über entsprechende Kostenvorschüsse seitens der Antragsteller bereits in früheren Haushaltsjahren vereinnahmt worden sein. Das Kostenaufkommen in 2008 (inkl. Kassenreste) beispielsweise überstieg den Ansatz um rund 50.000 €

Wie auch im Haushaltsjahr 2008 wird es hier zu überplanmäßigen Ausgaben kommen.

Bei den weiteren Deckungs- und Zweckbindungsringen liegen die Ist-Ausgaben weitgehend entsprechend dem Jahresfortschritt im planmäßigen Bereich.

Die Sozialleistungen im Aufgabenbereich des örtlichen Sozialhilfeträgers liegen per 31.08.2009 hinsichtlich des Abwicklungsgrades mit 74,12 % (Ist) weitgehend noch im Bereich des Ausgabenbudgets. Zu berücksichtigen ist, dass hierin bereits teilweise Monatsläufe für September enthalten sind. Die Prognose, dass das für 2009 bereitgestellte Ausgabenvolumen eingehalten werden kann, scheint zu diesem Zeitpunkt vorsichtig gerechtfertigt. Verbindliche Aussagen über die genaue Höhe, insbesondere im Vergleich zu dem vom Landkreis zu finanzierenden ungedeckten Bedarf, der auch noch durch Einnahmen mit beeinflusst wird, sind derzeit jedoch noch mit Wagnissen behaftet.

Bei den Kosten der Unterkunft im Rahmen der Grundsicherung für Erwerbssuchende (Hartz IV) zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Musste vor der Sommerpause noch befürchtet werden, dass der Ansatz mit 11,7 Mio. € nicht ausreichen wird, gingen die Ausgaben im August erstaunlicherweise wieder leicht zurück.

Bei den Leistungen im Vollzug der Jugendhilfe (Abschnitt 45) liegt die Abwicklungsquote gebuchter Ausgaben einschließlich der Leistungen für Heimunterbringungen derzeit noch unter der sich für acht Monate ergebenden Abwicklung für 2009. Unter Berücksichtigung aller vorhandenen Daten ergibt sich auch in der Hochrechnung für das gesamte Jahr erstmals eine Unterschreitung des Haushaltsansatzes. Wesentliche Ursache für die sich nun stabilisierende Entwicklung ist die beachtliche Zahl der stationären Hilfen, die zum Ende des Schuljahres beendet oder in eine preisgünstigere Hilfe übergeführt werden konnte.

Was die Abwicklung des Vermögenshaushaltes betrifft, darf auf die Ziffer 2.2 in der Abwicklungsübersicht verwiesen werden.

Bei der Zuschussabwicklung entfällt ein größerer Anteil des abgewickelten Betrages auf die Investitionspauschale nach Art. 12 FAG, die mit 1.530.000,00 € veranschlagt, in Höhe von tatsächlich 1.564.919,00 € bewilligt und zwischenzeitlich im Hälftebetrag von 782.459,00 € beim Landkreis eingegangen ist. Die übrigen zu Soll gestellten und vereinnahmten Zuschüsse betreffen überwiegend staatliche Zuwendungen zum Hoch- (72.000 €) und Tiefbau (108.000 €).

Bezüglich der im Kreishaushalt 2009 bereitgestellten Ausgabemittel für Hochbauinvestitionen sowie für Tiefbauvorhaben sind im Wesentlichen zu nennen die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn mit inzwischen bis Ende August aufgelaufenen rund 770.000 € und die A 2, OD Rielhofen mit knapp 35.000 €.

Bislang belaufen sich die Abwicklungsgrade zuzüglich vergebener Aufträge im Bereich der Hochbauinvestitionen schon auf 153,03 %, maßgeblich hierbei ist der Planungsauftrag für die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn (VE für die Generalsanierung für 2010: 10,0 Mio. €), und im Tiefbau auf 12,49 %. Ergänzende Berichterstattungen über die Abwicklung der Investitionen im Hoch- und Tiefbaubereich einschließlich der Aufwendungen für den Gebäude- und Straßenunterhalt erfolgen zeitnah zuständigkeitshalber durch die Fachabteilung 6 im Bau- und Umweltausschuss. Diese Zwischenberichterstattung betrifft dann auch die Abwicklung von Haushaltsresten, welche in dieser Darstellung nicht beinhaltet sind.

Bei den vermögenswirksamen Beschaffungen sind bisher Ergänzungsbeschaffungen u. a. für das Hauptamt (rd. 84.000 €), das Dr. Wiesenthal-Haus in Dinkelscherben (ca. 7.5000 €) und die beiden Bauhöfe (etwa 31.000 €) durchgeführt worden. Die restlichen Beschaffungen verteilen sich auf die Schulen in der Sachaufwandsträgerschaft des Landkreises.

Die sich aus vorliegenden Zins- und Tilgungsplänen ergebenden Tilgungen wurden in Höhe der Gesamtjahresverpflichtung zu Soll gestellt und entsprechend der bisherigen Fälligkeit abgewickelt.

Zur Finanzierung von bisher angefallenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des laufenden Jahres 2009 mussten bisher noch keine Kreditaufnahmen in Anspruch genommen werden. Sobald größere Zahlungen für Investitionen aus bereits erfolgten oder bevorstehenden Auftragsvergaben geleistet werden müssen, stehen erste Kommunalkreditaufnahmen an.

Die bereits geleisteten Investitionszuweisungen betreffen im Wesentlichen Leistungen an den Krankenhauszweckverband (891.075,01 €), die Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen (2.868.640,60 €), den AVV (24.525,00 €) sowie freiwillige Zuschüsse an ambulante Pflegedienste (255.700,00 €).

B) Quartalsberichterstattungen über die Abwicklung der Wirtschaftspläne

Die Berichterstattung über die Abwicklung bis zum 3. Quartal (30.09.2009) ist in einer kommenden Kreisausschusssitzung vorgesehen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Seitz für die Sachverhaltserläuterung. Für wichtig werden die Ausführungen zu den Themen soziale Leistungen und Jugendhilfe gehalten. Mit Sorge wurde bei den Haushaltsberatungen 2009 darauf geachtet, ob die Ansätze eingehalten werden können. Abschließend bedankt er sich bei den Mitarbeitern, die alles daran setzen, diese Ansätze einzuhalten.

TOP 4 Radwegebeschilderung; Vorfinanzierung durch den Landkreis - Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben Vorlage: 09/0198
--

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 15.01.2009 wurde bereits beschlossen, dass der Landkreis Augsburg die Einführung einer einheitlichen Beschilderung der Radwege unterstützt und sich an der Entwicklung eines entsprechenden Konzeptes sowie der Anschaffung und Durchführung der Beschilderung beteiligt.

Zu diesem Zweck wurden Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € im Verwaltungshaushalt 2009 bei der Haushaltsstelle 0.6501.5139 für die Planung und Konzepterstellung bereitgestellt sowie ferner 96.000 € für die Herstellung der Beschilderung 2010.

Innerhalb des Förderprogramms LEADER ist als ein wichtiges Kooperationsprojekt das „Radwegenetz Nordschwaben“ entstanden. Es findet hier eine Zusammenarbeit mit den Lokalen Aktionsgruppen Augsburg Land – REAL West, Begegnungsland Lech-Wertach, Monheimer Alb, Wittelsbacher Land und Donauvital sowie die oberbayerische LAG Altbayerisches Donaumoos als Kooperationspartner statt. Mit den genannten Kooperationspartnern ist der nordschwäbische Raum weitestgehend abgedeckt, eine zusammenhängende Netzplanung und Beschilderung wird damit möglich.

Die wesentlichen Projektinhalte für ein zukunftsweisendes Radwegenetz in Nordschwaben sind:

- Erstellung eines durchgängigen Radwegenetzplanes für Nordschwaben
- Erfassung aller relevanten Planungsdaten auf GIS-Basis und Erstellung einer Wege- und Beschilderungsdatenbank
- Beschilderung aller Freizeit- und Alltagsradwege nach dem FGSV-Standard auf Basis der Empfehlung des Bayer. Staatsministeriums des Innern
- Aufbau eines umfassenden Qualitätssicherungssystems durch Qualifizierung der Akteure in den Teilregionen
- Technische Aufbereitung des Routensystems für die Nutzung in den vorhandenen Radportalen der touristischen Vermarktungsorganisationen

Von der Koordinierungs-LAG wurde eine Übersicht „Finanzierung Radwegenetz Nordschwaben“ erstellt. Aus dieser ist ersichtlich, dass für den Landkreis (Landkreis incl. aller beteiligten Gemeinden, Städten, Märkten und LAG´s Augsburg Land – REAL West, Begegnungsland Lech-Wertach e.V., Naturpark Augsburg – Westliche Wälder e.V.) ein geschätzter Kostenanteil in Höhe von 362.495,79 €, abzgl. der Förderung 179.724,80 € (nur LAG-Gebiete) fällt. Bei Hinzurechnung der Gebiete die nicht in einer LAG sind (ca. 10 %) wurde der Landkreisverwaltung ein Kostenanteil abzgl. der Förderung in Höhe von ca. 197.600 € mitgeteilt, es wird daher von einem Vorfinanzierungsbedarf für das Projekt, bei Hinzuziehung der Gebiete außerhalb der LAGs, in Höhe von insgesamt ca. 400.000 € ausgegangen. Es wurde von Donauvital darauf hingewiesen, dass die Kosten nach der Konzepterstellung genauer vorliegen werden und entsprechend angepasst werden. Dadurch können sich Verschiebungen in der Finanzierung ergeben.

Die Kosten für die Planung/Konzeption sollten vom Landkreis Augsburg übernommen werden, da hier dem Landkreis eine übergeordnete Koordinations- und Anschubfunktion zukommt. Die Kosten für die Beschilderung und Marketing werden anteilig an die Gemeinden, den Naturpark bzw. an die Lokalen Aktionsgruppen weiterverrechnet. Die Planungskosten betragen entsprechend der Übersicht „Finanzierung Radwegenetz Nordschwaben“ 60.394,88 € (nur LAG-Gebiete) die Beschilderungskosten incl. Marketing und Qualitätssicherung 302.100,91 € (nur LAG-Gebiete). Nach Abzug der Förderung betragen die Planungs-

kosten nach derzeitigem Kenntnisstand ca. 25.000 € (Gesamtgebiet, abzgl. Anteil Naturpark) und die Beschilderungskosten ca. 15.000 € (Gesamtgebiet abzgl. Anteil Naturpark und Refinanzierung der Gemeinden).

Die Beteiligung der Kooperationspartner gliedert sich wie folgt auf:

- Landkreis Augsburg: kreiseigene Rad- und Radwanderwege
- Naturpark Augsburg: Radwege und Radwanderwege, die in Wald und Feld verlaufen, im Naturparkbereich
- Begegnungsland: Radwege und Radwanderwege, die in Wald und Feld verlaufen, im Begegnungslandbereich
- Gemeinde, Märkte und Städte: Radwege und Radwanderwege, für die in Ihrer Baulast befindliche Wege und Straßen innerorts und außerorts, außerhalb des Naturparks auch in Wald und Feld

Im Ergebnis wird derzeit mit einer Eigenbeteiligung des Landkreises in Höhe von ca. 40.000 € nach Abzug der Förderung und Refinanzierung durch die Gemeinden sowie Übernahme der Planungskosten gerechnet.

Um Fördermittel zu erhalten, muss eine gesicherte Finanzierung nachgewiesen werden. Derzeit ist es aufgrund des engen Zeitrahmens allerdings nicht möglich von allen Städten, Märkten und Gemeinden des Landkreises diese Finanzierungszusagen einzuholen, da die einzelnen auf die Gemeinden entfallenden Beträge der Höhe nach noch nicht beziffert werden können. Da die Umsetzung der neuen Beschilderungssystematik über kurz oder lang den Landkreis und seine Gemeinden ohnehin treffen wird und sich die Realisierung über das LEADER Programm erheblich billiger verwirklichen lässt, wird empfohlen, dass der Landkreis Augsburg die Vorfinanzierung übernimmt. Anschließend erfolgt eine Refinanzierung über die Beteiligten. Der Naturpark Augsburg - Westliche Wälder e.V. hat bereits die Vorfinanzierung für die Radwege und Radwanderwege, die im Bereich des Naturparks auf Wald und Feld verlaufen, durch Beschluss zugesichert. Eine detailliertere Berechnung lag dem Bau- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 23.07.2009 vor. Darüber hinaus wurden weitere Detailfragen u. a. bezüglich der Bezuschussung durch das zuständige Staatsministerium geklärt.

Durch die Vorfinanzierung entstehen im Haushalt 2009 unabwiesbare, überplanmäßige Ausgaben, welche durch allgemeine Mehreinnahmen und/oder Minderausgaben im Verwaltungshaushalt sowie erforderlichenfalls durch die Deckungsreserve gedeckt werden können. Sie sind somit zulässig.

Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner o. g. Sitzung dem Kreisausschuss empfohlen, diese überplanmäßigen Ausgaben zu bewilligen.

Der gesamte Beschluss im Wortlaut:

1. Der Landkreis Augsburg unterstützt das Projekt „Radwegenetz Nordschwaben“ und übernimmt die Vorfinanzierung für den Bereich des Landkreises Augsburg, der außerhalb des Naturparks Augsburg – Westliche Wälder e.V. liegt.
2. Zu diesem Zweck empfiehlt der Bau- und Umweltausschuss dem Kreisausschuss, überplanmäßige Mittel in Höhe von bis zu 40.000 € bei der Haushaltsstelle 0.6501.5139 für die Planung bereitzustellen. Im Zuge der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2010 sind 290.000 € für die Herstellung der Beschilderung sowie Marketing, Dokumentation und Qualitätssicherung vorzusehen. Dabei sind die erforderlichen Gesamtkosten durch Kostenberechnung auf der Basis des Planungskonzeptes zu konkretisieren.
3. Die Planungskosten werden vom Landkreis Augsburg für das Gebiet des Landkreises Augsburg, allerdings nicht für die Rad- und Wanderwege in Wald und Feld im Bereich des Naturparks Augsburg – Westliche Wälder e.V., übernommen.

Finanzielle Auswirkungen:			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. 0.6501.5139	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		10.000 €	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/Fogelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
340.000 €	€	Eigenanteil: 40.000 €	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): 300.000 €

Bemerkungen:

Die Kosten für das Gesamtprojekt „Radwegenetz Nordschwaben“ werden auf ca. 1.307.853,27 € geschätzt, hiervon entfallen auf das Gebiet des Landkreise Augsburg ca. 362.495,49 € (LAG-Gebiete) und zusätzlich ca. 30.000 € bis 40.000 € (Gebiete außerhalb LAG). Es wird daher von einem Vorfinanzierungsbedarf in Höhe von ca. 390.000 € bis 400.000 € ausgegangen. Hiervon übernimmt der Naturpark Augsburg nach unseren derzeitigen Kostenschätzungen die Vorfinanzierung für ca. 50.000 € bis 60.000 €.

Herr Seitz erläutert den Sachverhalt und erklärt, dass die Zustimmung durch den Bauausschuss bereits erfolgte und dem Kreisausschuss nur noch die Freigabe der überplanmäßigen Mittel obliege.

Ein einheitliches Beschilderungssystem halte **KR´in Jung** für sehr wichtig. Dies sei ein Aushängeschild für den Tourismus. Gerade für den Preis und den Zuschüssen sei es eine gute Gelegenheit, diese Beschilderung umzusetzen.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag, welcher einstimmig so gefasst wurde.

Beschluss:

Der Kreisausschuss bewilligt bei HhSt. 6501.5139 Mehrausgaben bis zu 40.000 €. Die Abdeckung erfolgt durch Inanspruchnahme von Mitteln der Allgemeinen Deckungsreserve (HhSt. 9141.8500) in gleicher Höhe (überplanmäßige Ausgaben werden dadurch vermieden, VV Nr. 2 zu § 11 KommHV).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0

TOP 5 Verschiedenes

Die beiliegende Dringliche Anordnung wurde nach Vortrag durch **Herrn Kreiskämmerer Seitz** zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Wünsche und Anfragen

Keine vorhanden.